

# AUSTERITÄTSPOLITIK IN ESTLAND: DIE REAKTIONEN DER WÄHLER AUF DIE GENOMMENE SPARMASSNAHMEN WÄHREND DER FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE 2008-2011

Liina Kulu<sup>1</sup>, Viljar Veebel<sup>2</sup>  
Estnische Zentralbank, Estnische Verteidigungsakademie

## Abstract

During the latest global financial crisis, austerity as a concept has been described as the best possible and inevitable solution to achieve fiscal consolidation in Europe and in the euro zone. But even considering austerity as an economically rational measure, the politicians of most EU member states' have introduced the austerity measures only to a limited extent or have chosen less stressful and politically less risky strategies. Estonian politicians, having earlier shock therapy experience from the years of re-independence, were among few European governments, who decided to adopt austerity measures with its economic and social consequences. Against all theoretical and rhetorical expectations they remained in power. The aim of the article is to analyze why austerity has not triggered negative political reaction of citizens, as expected in theoretical models as well feared by politicians, and was it caused by specific socio-cultural factors or well-planned strategy of government.

**Keywords:** euro area, austerity, fiscal consolidation, social impact, electoral behaviour

**JEL Classification:** E42, E58, G18, H12.

## Einleitung

Während der Wirtschaftskrise müssen die Regierungen vor allem das fundamentale Dilemma zwischen der politischen und wirtschaftlichen Rationalität überwinden. In Krisenzeit fällt es der Regierung aber schwer, gleichzeitig nachhaltige Wirtschaft und politische Popularität zu erreichen, weil die politische Popularität von kurzfristiger Krisenlösung und wirtschaftliche Nachhaltigkeit von langfristigen strategischen Entscheidungen abhängig sind (siehe Mugge 2011, Schmidt 2010). Weil es unter den ökonomischen und politischen Umständen unmöglich ist, beide Ziele gleichzeitig zu erreichen, hat man während der seit 2008 ausgebrochenen europäischen Verschuldungs- und Wirtschaftskrise die Austeritätspolitik als eine ideale Lösung beschreiben, jedoch haben die Mitgliedstaaten der Europäischen

---

<sup>1</sup> Liina Kulu (M.A.), Forschungskoodinierer, Abteilung der Geldpolitik und Forschungen, Estnische Zentralbank, Estonia pst. 13, 15095 Tallinn, Estland, [liina.kulu@eestipank.ee](mailto:liina.kulu@eestipank.ee). Dieser Artikel spiegelt die persönliche Meinung der Autor wider und nicht die Positionen der Institution, die der Autor vertritt.

<sup>2</sup> Ass. Prof. Viljar Veebel (Ph.D, Internationale Beziehungen), Estnische Verteidigungsakademie, Riia 12, 51013 Tartu, Estland [viljar.veebel@gmail.com](mailto:viljar.veebel@gmail.com).

Union die Austeritätsmaßnahmen wegen den sozialen Auswirkungen und politischen Risiken meistens nur dann angewendet, wenn dies unbedingt erforderlich war.

Weil einige Mitglieder der Eurozone (z.B. Griechenland, Italien, Spanien, Irland oder Portugal) wegen den Spannungen an den Finanzmärkten oder durch den Druck der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds dafür gezwungen wären, die Austeritätsmaßnahmen anzuwenden, haben die Regierung dieser Staaten sich nach Ansicht der Wähler teilweise sowohl von den Krisenmaßnahmen als auch von der Verantwortung distanziert. Die estnischen Regierungsparteien „Estnische Reformpartei“ und „Union Pro Patria und Res Publica“ dagegen haben die Austeritätsmaßnahmen freiwillig, ohne direkten Druck von außen angewendet. Obwohl die estnische Regierung und die politische Elite die Maßnahmen als unvermeidlich beschreiben haben<sup>1</sup>, bleibt jedoch die große Frage, ob die deutliche Senkung der Staatsausgaben während der Krise in den Jahren 2008–2011 in diesem Umfang gerechtfertigt war. Trotz der Tatsache, daß die Staatsbürger und die Wähler spürbar von den Sparmaßnahmen betroffen wurden, waren die beiden Regierungsparteien z.B. bei den letzten Parlamentswahlen im Jahre 2011 die Wahlgewinner – mit insgesamt 49 Prozent der Wählerstimmen erreichten sie die Mehrheit der Sitze im Parlament (Vabariigi... 2011). Man hat die Parlamentswahlen als ein Vertrauensvotum für die Regierungsparteien beschreiben (Saarts 2011) und daraus eine Schlussfolgerung gezogen, daß trotz hoher Arbeitslosigkeit und Inflation die Esten weiter sparen wollen (siehe Flückiger 2011). Auf welche Faktoren beruhen sich die Gründe für einen solchen Erfolg: kann Estland in der Zukunft Europa seine spezifische Erfahrungen zur Verfügung stellen, um die Wirtschaftslage der Krisenländer zu verbessern und die politische Stabilität herzustellen, oder darstellt der Erfolg der estnischen Regierungsparteien bei den Wahlen ein seltsames Phänomen, das auf die anderen Staaten nicht auszudehnen ist? Die vorliegende Studie unternimmt den Versuch, die Gründe zu erklären, warum im Fall von Estland nach der Wahrnehmung der Wirtschaftskrise und den bei der Regierung genommenen Sparmaßnahmen keine sichtbaren Auswirkungen auf das Wahlverhalten der Bevölkerung zu beobachten sind.

Folgt man der einschlägigen Literatur, befassen sich die bisher vorliegenden Beiträge zu dieser Thema (siehe z.B. Raudla und Kattel (2012), Raudla und Kattel (2013), Staehr (2013), meistens mit dem Entwurf der Austeritätsprogrammen oder mit den wirtschaftlichen Auswirkungen. Die vorliegende Studie, zusammen mit der Analyse von Loone (2013), ist eine von den ersten, die sich auf die Auswirkung der Wirtschaftskrise aufs Wahlverhalten der Bevölkerung konzentrieren. Wobei Loone (2013) sich auf die wirtschaftliche Dimension der Zusammenhang zwischen den Austeritätsprogrammen und dem Wahlverhalten fokussiert, beschäftigt sich die vorliegende Studie mit den weiteren Auswirkungen der Austeritätspolitik auf das Wahlverhalten (z.B. die sozialen Aspekte, die das Wahlverhalten der Bevölkerung beeinflusst haben). Aufbauend auf den Ergebnissen der Analyse werden die Schluss-

---

<sup>1</sup> Bzw. die Standpunkt vom estnischen Finanzminister, Jürgen Ligi (Ligi 2013) und dem estnischen Präsidenten, Toomas Hendrik Ilves (Ilves 2012).

folgerungen dargelegt, ob man das estnische Austeritätsmodell mit Erfolg auch in anderen Staaten anwenden könnte.

In Abschnitt 1 werden die in der laufenden Debatte über die Austerität aufgetretene Fragen (die nicht eindeutige Konsequenzen der Austeritätsmaßnahmen, die Rechtfertigung und das Timing der Sparpolitik, etc.) und die Nuancen, die die Muster des Wahlverhaltens der Staatsbürger erklären, beschrieben. Die Austeritätsmaßnahmen, die während verschiedener Krisenphasen in Estland in den Jahren 2008–2011 getroffen wurden, werden flüchtig in 2. Teil betrachtet und bewertet. In Abschnitt 3 werden anschließend sowohl die politischen Auswirkungen der Krise als auch die Motiven der Wähler diskutiert. Dabei geht es um das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament und der Lokalverwaltungen im Jahre 2009, und der Parlamentswahlen in 2011.

## **1. Die Reaktionen der Wähler auf die Austeritätsmaßnahmen: Theoretische Konzeptionen und empirische Bemerkungen**

Unter der Austeritätspolitik versteht man die Finanzpolitik, die auf die langfristige Konsolidierung des Staatshaushaltes fokussiert, um die hoch empfundene Staatsverschuldung durch die Ausgabenkürzungen und die Erhöhung der Steuereinnahmen zu stabilisieren. Aus praktischer Hinsicht hat man während der seit 2008 ausgebrochenen Finanzkrise im Rahmen der Krisenstaaten verbindlichen Austeritätsmaßnahmen nicht nur die Kürzungen der Gehälter im öffentlichen Sektor und der Sozialleistungen geplant, sondern auch die verschuldeten Staaten zu erheblichen Reformen verpflichtet, um die Strukturschwächen der Krisenstaaten zu bekämpfen. Somit hat man in den Krisenstaaten gleichzeitig ein umfassendes Paket der Austeritäts- und Wirtschaftsförderungsmaßnahmen durchgeführt. Estland dagegen hat die Sparmaßnahmen aus eigener Initiative getroffen und dabei harte und sehr gezielte Reformen innerhalb der sehr kurzen Zeitspanne umgesetzt. Hierbei beruht die vorliegende Studie jedoch auf die Annahme, daß man unter der Austerität kurzfristige radikale Reformen, die die Regierung freiwillig eingeleitet und durchgeführt hat, betrachtet und deswegen nach der Meinung der Wähler die volle Verantwortung für die Folgen der Sparmaßnahmen übernimmt (siehe, Gourevitch 1986; Pierson 1998).

Bei der Berücksichtigung der Auswirkung der Austeritätspolitik auf das Wahlverhalten muß man vor allem in Betracht ziehen, daß theoretisch das Ergebnis der Austeritätspolitik nicht eindeutig ist und deswegen aus dem Sichtpunkt der Wähler die positiven Konsequenzen der getroffenen Maßnahmen nicht garantiert sind. Die Vertreter der sogenannten neoklassischer Konzeption (siehe, z. B. Alesina und Ardagna 2009; Giavazzi und Pagano 1996, etc.) behaupten, daß unter spezifischen Voraussetzungen die harte Reduzierung der Staatsausgaben die allgemeinen Erwartungen gegenüber der Steuerpolitik und den Staatsausgaben verändern würde und deswegen der positive Wachstumsimpuls entstehen könnte. Daraus könnte man den Schluß ziehen, daß im Falle der Fiskalkonsolidierung die Reduzierung der Staatsausgaben mehr wirksam ist als die Erhöhung der Steuereinnahmen, um die Aussichten auf Erfolg der Austeritätspolitik sich verbessern.

Die Kritiker der Austeritätspolitik (z.B. Krugman 2013) dagegen sind der Meinung, daß die Austeritätspolitik schädlich ist, weil die, im Gegenteil, die Rezession verstärkt. Krugman (2013) hat sogar behauptet, daß Europas Problem die Austerität (unzureichende Staatsausgaben) sei. Weil wegen der Reduzierung der Staatsausgaben die Nachfrage nicht ausreichend ist, führt es zu der steigenden Arbeitslosigkeit und der noch mehr sinkenden Gesamtnachfrage, was sowohl zu den geringeren Staatseinnahmen als auch zu steigenden Haushaltsdefiziten führt. In diesem Kontext diskutiert Blyth (2013) weiterhin, daß die Austerität nicht funktioniert, wenn zu viele Länder gleichzeitig eine solche Politik verfolgen. Weil es im Außenhandel deswegen keinen deutlich höheren Anstieg der Nachfrage geschaffen wird, profitieren die Staaten von der Sparpolitik nicht. Blyth (2013) behauptet, daß z.B. die Austeritätsmaßnahmen, die man während der Großen Depression getroffen hat, den Schwierigkeiten noch weiter verschärft und solche Parteien an die Macht gebracht haben, die weiterhin für das Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verantwortlich waren. Als positive Beispiele der funktionierenden Austerität beschreibt Blyth die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die man in Schweden in den 1990er Jahren getroffen hat.

Weil die Austeritätsmaßnahmen nicht nur wirtschaftliche Kosten nach sich ziehen, sondern wegen der Konsolidierung der Staatsausgaben verschiedene Bereiche, vornehmlich die soziale Dimension, betreffen, muß man auch gründlich darüber nachdenken, ob es Alternative zu der Austeritätspolitik gibt, ob es der richtige Zeitpunkt ist, die Sparmaßnahmen zu treffen, und ob die gewählte Strategie zu den gewünschten Resultaten führen wird. Die laufende Debatte fokussiert sich im Wesentlichen auf die Fiskalmultiplikator als der wichtigste Faktor für die Wahl des richtigen Zeitpunkts (siehe Blanchard und Leigh 2013).

Unter dem Gesichtspunkt von der Auswirkung der Austeritätspolitik aufs Wahlverhalten der Bevölkerung muß man besonderes Augenmerk auf die politische Kultur richten, weil auf Basis von der politischen Kultur könnte man das politische Verhalten, einschließlich das Stressverhalten der Gesellschaft in Krisenzeit erklären. Folgt man der einschlägigen Literatur (z. B. Almond und Verba 1989; Glaab und Korte 1999; Nohlen 2001, usw.), versteht man darunter die Summe der individuellen Werthaltungen, Einstellungen, Erwartungen und Traditionen gegenüber die Politik, deren Akteuren, und den politischen Institutionen eines Staates und gegenüber den staatlichen Organisation.

Hirschman (1994) hat hinsichtlich sowohl der Individuen, Unternehmungen und Organisationen, als auch der Staaten beschreiben, daß beim Leistungsabfall entscheidet ein Akteur sich zwischen zwei Reaktionsmechanismen – beeinflusst meistens über Loyalität als regulierende Variable sucht er sich entweder eine andere Umgebung (die Abwanderung oder die sogenannte „Exit“-Strategie) oder entscheidet sich für die Beteiligung (der Widerspruch oder die sogenannte „Voice“-Strategie) (Hirschman 1994, 272-273). Bei denen, die sich für den Widerspruch entschieden haben, unterscheidet man diejenigen, die über die aktive Veränderungen

abstimmen (aktive Beteiligten), von denen, die mit der gegenwärtigen Lage in Allgemeinen zufrieden sind (passive Beteiligten). Das Verhalten und die Entscheidung des Individuums basieren auf den historischen Hintergrund und die vorherige Erfahrung der Enttäuschung. Für diejenigen, die sich für den Widerspruch und aktive Beteiligung entschieden haben, sind die Wahlen die beste Möglichkeit seine Unzufriedenheit über den von der Regierung getroffenen Maßnahmen zu äußern und die Regierung zu „bestrafen“.

Deswegen – wenn es um die Bewertung der genommenen politischen Maßnahmen geht – bieten sowohl die Wanderungsrate und das Abwanderungsvolumen (als die Indikatoren der „Exit“-Strategie) als auch das Wahlverhalten der Bevölkerung (als der Indikator der „Voice“-Strategie) eine zuverlässige Basis für die Analysen. Hierbei muß man aber betonen, daß das reagierende Wahlverhalten entweder während der Durchführung der widerwärtigen Politik oder direkt nach dessen stattfindet (Kittel und Obbinger 2003) und daß man basierend auf die theoretischen Standpunkte als auch praktische Erfahrungen zwischen den Wahlen der „erster Ordnung“ und „zweiter Ordnung“ unterscheidet. Hierbei haben Reif und Schmitt (1980) ein Erklärungsmodell eingeführt, wobei man die Wahlen der lokalen Parlament als die Wahlen der „erster Ordnung“ („*first order elections*“) und die Wahlen der Lokalverwaltungen und der Europäischen Parlament als die Wahlen der „zweiter Ordnung“ („*second order elections*“) beschreibt. Hieraus ergibt sich eine Reihe von Konsequenzen für das Wahlverhalten der Bevölkerung. Nämlich sind die Wahlen der „zweiter Ordnung“ durch die niedrige Wahlbeteiligung der Bevölkerung, das Auftreten der kleinen und neuen Parteien, den höheren Anteil der ungültigen Stimmen und den potentiellen Wahlverlust der Regierungsparteien, gekennzeichnet. Obwohl einige Studien das Erklärungsmodell von Reif und Schmitt (1980) diskutiert haben, gilt deren Modell weitgehend als bestätigt. Deswegen könnte man behaupten, daß es vor allem während den Wahlen der „ersten Ordnung“ (bzw. den lokalen Parlamentwahlen) zu der „bestrafenden“ Reaktion der Wähler kommt. Dabei sollte man aber zum Kenntniss nehmen, daß die „bestrafende“ Reaktion der Wähler keinen direkten Zusammenhang mit den Austeritätsmaßnahmen bezeichnen, sondern teilweise auch durch die spezifische Charakteristik der Wahlen der „erster Ordnung“ bedingt sein könnte.

Während die Individuen sich zwischen den „Exit“- oder „Voice“-Strategien entscheiden, muß man auch darauf hinweisen, daß nicht alle die Möglichkeit haben, eine „Voice“- oder „Exit“-Strategie zu benutzen, entweder weil nicht alle Einwohner des Landes beim Wahlen teilnehmen können (weil sie kein Staatsangehörigkeit haben) oder weil sie aus rationalen und finanziellen Gründen keine Möglichkeit haben, um abzuwandern (Hirschman 1994). Man muß auch beachten, daß das Maß der Beteiligung oder des Widerspruchs bei den Wählern unterschiedlich ist und diejenigen, die mit den von der Regierung getroffenen Maßnahmen unzufrieden sind, aktiv an Wahlen teilnehmen. Daher könnte man zum Schluß kommen, daß diese Bevölkerungsgruppen, die am meisten von den Austeritätsmaßnahmen betroffen sind, seine Unzufriedenheit äußern und aktiv an Wahlen teilnehmen (i.e. die Personen, deren Einkommen im öffentlichen Sektor oder Sozialleistungen

gekürzt wurden oder während der Krise die Arbeit verloren haben). Zu diesen Gruppen gehören auch diejenigen, die in der Regel die Koalition unterstützen, über die Sparmaßnahmen sich aber enttäuscht haben und deswegen gegen die Koalition abstimmen (Kittel und Obbinger, 2003). Je mehr die schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen die Kosten der Austerität tragen müssen, desto mehr negativ ist deren Reaktion während der Wahlen. Man muß aber beachten, daß eine der Voraussetzungen des Widerspruchs der Wähler zu der Regierung ist, daß die Oppositionsparteien während des Wahlkampfes eine überzeugende Alternative zur Regierungspolitik anbieten. Sollten die annehmbare Alternative fehlen, nimmt die Anzahl der passiven Beteiligten zu, die an die Wahlen nicht teilnehmen (Lipset und Rokkan 1967).

Hirschman (1984; siehe Decker, Lewandowsky und Solar, 2013) betont einen spezifischen Aspekt, wobei sogar eine zyklensförmige Bewegung möglich ist und die Bürger sich zu bestimmten Zeiten eher für ihr privates Wohlfahren, während anderen Zeiten für das öffentliche Wohl entscheiden. Der Beweggrund dafür ist die vorherige Erfahrung der Enttäuschung.

Zusätzlich der politischen Kultur hängt die Wählerreaktion auf die Austeritätsmaßnahmen auch von den in der Gesellschaft dominierenden staatstheoretischen Modellen und politischen Systemen ab. Während einige Staaten traditionell dem auf die Beteiligung und die soziale Verantwortung basierenden Staatsmodell den Vorzug geben, bevorzugen die anderen die Konzeption des schlanken Staats gleichzeitig mit ausgeglichenem Haushalt und mit Sozialsystem als reines Sicherheitsnetz (Pierson 1996, 176). Almond und Verba (1989) haben hingewiesen, daß die Bürger der Staaten, die nur kurzfristigen Erfahrungen mit den demokratischen Systemen haben, vorwiegend passive Beteiligung und das Gehorchen der Regierung bevorzugen. Außerdem tendieren die Bürger solcher Staaten dazu, die Regierungspartei zu unterstützen, unabhängig von der Auswirkung der Entscheidungen, die die Regierungspartei getroffen hat. Daher könnte man zum Schluß kommen, daß je kürzer ist die Erfahrung der Wähler mit den demokratischen Systemen, desto weniger Maßen sollten die Regierungsparteien die negative Reaktion der Wähler auf die Austeritätspolitik fürchten.

Obwohl es wissenschaftlich nicht belegt ist, ist es jedoch gut möglich, daß die Wähler auch die Wirtschaftslage der Nachbarländer miteinander vergleichen und negativ darauf reagieren, sollten die Nachbarstaaten, die in der vergleichbaren wirtschaftlichen Situation sind, die Krise ohne die Austeritätsmaßnahmen bekämpfen (Guajardo, Leigh und Pescatori 2011, 5–6). Die Reaktion der Wähler auf die Sparmaßnahmen hängt auch davon ab, wie die Regierung im allgemeinen die Wirtschaftskrise der Öffentlichkeit bezeichnen und dabei ihre Rolle definieren wird (Skocpol, Evans und Rueschmayer 1985). Sollten die Erwartungen der Wähler gegenüber der Krise pessimistischer sein als die wirkliche Situation ist, könnte es sogar zu der Steigerung der Unterstützung für die Regierungspartei führen. Katzenstein (1985) erklärt hierbei, daß man die negative Reaktion der Wähler vermeiden könnte, sollte die Regierung die Krise als teilweise *force majeure* präsentieren,

wobei sie selbst keine Entscheidungen trifft und deswegen auch keine Verantwortung trägt. Deswegen könnte die gezielte Strategie, die Krise pessimistischer darzustellen – was nicht mit der Realität in Einklang steht –, dazu führen, daß die Wähler die Regierung nicht bestrafen werden. Obwohl diese Methode zwar extrem zynisch ist, sollte deren Auswirkung unter dem ungehinderten öffentlichen Zugang zu den verschiedenen Medien nicht unterschätzt werden.

Abschließend, wollte die Regierung die negativen Konsequenzen der Austeritätspolitik auf das Wahlverhalten vermeiden, sollte man zuerst der Öffentlichkeit die Krise pessimistischer bezeichnen als die in Wirklichkeit ist, danach aber solche Sparmaßnahmen treffen, die keine Enttäuschung der schutzbedürftigen, dabei aber stark vertretenen Bevölkerungsgruppen (z.B. die Rentner), verursachen. Eine geringe Erfahrung der Wähler mit den demokratischen Systemen sowie die Mängel der Alternativen hinsichtlich der überzeugenden Oppositionsparteien kommen auch der Regierung zugute. Sollten mehrere Länder gleichzeitig die Austeritätsmaßnahmen treffen, verschlechtern sich die Aussichten auf Erfolg und somit entsteht die Möglichkeit, daß die Wähler seine Unzufriedenheit über getroffenen Maßnahmen äußern und die Regierung „bestrafen“.

## **2. Die Bewertung der Austeritätsmaßnahmen in Estland**

Estland verfolgt eine Wirtschaftspolitik, die durch den ausgeglichenen Staatshaushalt, die liberale Steuer- und Investitionsregime, den flexiblen Arbeitsmarkt und die Einführung des Euro am 1. Januar 2011 charakterisiert wird. Zwischen dem EU-Beitritt im Jahre 2004 und dem Jahr 2007 gehörte Estland zu diesen Transformationsländern, die dank sowohl der Liberalisierung der Preise, Steuer- und Investitionsregimen, als auch die stabile Währung (an den Euro gekoppelte Estnische Krone) und den schnellen Privatisierung das bemerkenswerte Wirtschaftswachstum gezeigt haben. Der Boom hat sich in der Immobilien-, Bau- und Dienstleistungssektoren konzentriert und die Wirtschaft im Allgemeinen überhitzt.

Seit Beginn der globalen Finanzkrise im Jahre 2008 wurde die estnische Wirtschaft extrem schwer getroffen und die Krise schlug besonders drastisch in 2009 zu, wenn der Wachstum um 14.1 Prozent zurückgegangen und die Arbeitslosigkeit auf 13.5 Prozent gestiegen hat (Eesti Statistikaameti andmebaas 2013; Eesti Pank; siehe Tabelle 1). Um sich zuallererst den Beitritt zur Eurozone zu garantieren und dabei die Rezession zu bekämpfen, hat man in Estland schon seit 2008 drastische Sparmaßnahmen getroffen: als die Reaktion auf die negative Jährliche Wachstumsrate des BIP-Volumens im Jahre 2008 wurden die staatlichen Gesamtausgaben schon im Juni 2008 für den weiteren Jahresverlauf um 384 Millionen EUR gekürzt (ungefähr 7 Prozent des staatlichen Gesamtbudgets). Dabei wurden die Gehälter im öffentlichen Dienst um rund 20 Prozent gekürzt. Im Jahre 2009 hat man sogar einen Schritt weitergegangen und weitere Sparmaßnahmen eingeführt – man hat den Haushalt der Zentralregierung schon in Defizit geplant (2.9 Prozent), was die makroökonomischen Maastricht-Kriterien erfüllt hat, jedoch aber für Estland außergewöhnlich war. Das Rentenalter und die Verbrauchsteuer wurden angehoben, die

vorhergeplante Senkung der Einkommensteuer verschoben, die Leistungen im Gesundheitswesen zusammengestrichen, usw. Dabei haben die zwei liberalen Regierungsparteien „Estonische Reformpartei“ (*Eesti Reformierakond*) und „Union Pro Patria und Res Publica“ (Isamaa ja Res Publica Liit) die Reformen innerhalb kurzen Zeitspanne umgesetzt.

Dieses Bündel von Maßnahmen hat dazu geführt, daß die Investitionen wieder angezogen haben. Bereits 2010 hat Estland aber wieder ein Wirtschaftswachstum von 2.6 Prozenten gezeigt, die meistens auf die Auslandsnachfrage und Investitionen basierte. Ein solcher Trend setzte sich dank der Einführung des Euro fort auch in den Jahren 2011 und 2012 (Wirtschaftswachstum entsprechend 9.6 Prozenten und 3.9 Prozent)(SKP jooksevhindades... 2013). Im Weltwirtschaftsforum-Ranking der wettbewerbsfähigsten Länder belegte Estland 2012 den 34. Platz (Competitiveness Index 2012).

**Tabelle 1:** Die wichtigsten Wirtschaftsindikatoren in Estland, 2007–2012

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Jährliche Wachstumsrate des BIP-Volumens (%)	7.5	-4.2	-14.1	2.6	9.6	3.9
Arbeitslosenrate (%)	4.6	5.5	13.5	16.7	12.3	10
Verbraucherpreis-Index (%)	6.6	10.4	-0.1	3	5	3.9
Harmonisierte Indikator der Wettbewerbsfähigkeit (%)	4.2	6.1	1.6	-2.8	1.3	-0.3
Die Staatseinnahmen (EUR b)	5.843	5.961	5.978	5.841	6.269	6.831
Die staatlichen Gesamtausgaben (EUR b)	5.46	6.44	6.251	5.813	6.088	6.872
Nettoeinkommen/Nettosparen	0.383	-0.479	-0.273	0.028	0.181	-0.041
Durchschnittliche Bruttomonatslöhne und -gehälter (EUR)	724.5	825.2	783.8	792.3	839	887
Beamtengehälter als % der durchschnittlichen Löhne (%)	108	106	96	98	99	101
Durchschnittliche Altersrente (EUR)	226.3	278.4	301.3	304.5	305.1	312.9

Quelle: *Eesti Pank* ..., 2013.

Wenn man über die Rechtfertigung der Sparmaßnahmen in Estland diskutiert, treten die drastisch negative Wachstumsrate (-14.1 Prozent im Jahre 2009), das zunehmende Haushaltsdefizit (-2.7 Prozent im Jahre 2008), die hohe Inflationsrate (10.4 Prozent im Jahre 2008) dafür ein (siehe auch *Eesti Pank*, 2012; *Eesti Statistikaamet*... 2009). Trotzdem bleibt hier die große Frage, ob die getroffenen drastischen Maßnahmen im Rahmen der Senkung der Staatsausgaben während der Krise in den Jahren 2008–2011 in diesem Umfang gerechtfertigt waren.

Obwohl man die Austeritätsmaßnahmen in Estland nicht als die freie Wahl des Staates, sondern als der unvermeidliche Schritt bezeichnet hat (siehe Laar 2008, Ilves 2012), sollte man es mehr oder weniger im Kontext der Einführung des Euro im 2011 interpretieren. Beziehungsweise, sogar die führenden Politiker haben behauptet, daß „viele gedacht haben, daß diese Maßnahmen wegen der Maastricht-Kriterien getroffen wurden. Das erleichterte die Zustimmung. Der Beitritt zum Euro war also ein wichtiger Aspekt“ (siehe Ligi 2013). Basieren auf die Definition der Austeritätspolitik, versucht man üblicherweise mit den Sparmaßnahmen die hoch empfundene Staatsverschuldung zu stabilisieren, was im Fall von Estland aber nicht der Grund war.

Eine von den bemerkenswerten Konsequenzen der Austeritätsmaßnahmen, die Estland getroffen hat, ist ein unerwartetes Phänomen, daß in Estland (sowie auch in anderen EU-Statten, wie z.B. Griechenland, Luxemburg, Italien, Großbritannien, etc) die Steuereinnahmen relativ zum Bruttoinlandsprodukt trotz schrumpfender Wirtschaftsleistung gestiegen sind. In Zeiten der rückgehenden Wirtschaftsleistung sollten die Einnahmen durch Steuern und Sozialabgaben ebenso zurückgehen müssen (siehe, Fisher 2013). Steigende Staatseinnahmen trotz schrumpfender Wirtschaft könnten also auf die Vergrößerung der gesamtwirtschaftlichen Steuerlast hindeuten.

Auf Grund von theoretischen Betrachtungen könnte man hierbei auch die Frage stellen, ob es in Estland Alternative zu der Austeritätspolitik gab und ob es der richtige Zeitpunkt war, die Sparmaßnahmen zu treffen. Man muß hierbei betonen, daß die Wahl zwischen verschiedenen Alternativen für die Regierungsparteien in Estland ziemlich limitiert war. Obwohl man in Estland in den Boomjahren von 2000 bis 2007 die Überschüsse in die Stabilisierungsreserve eingezahlt hat, die Staatsverschuldung unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union die niedrigste war und die öffentlichen Finanzen im Jahre 2007 einen Überschuss aufwiesen, waren die Handlungsmöglichkeiten der Regierung hinsichtlich der Geldpolitik wegen der Currency-Board Regelung begrenzt. Außerdem hat die estnische Regierung die Entscheidung getroffen, daß vom Prinzip des ausgeglichenen Staatshaushalts eingehalten wird. Deswegen hatten die Regierungsparteien keine wirtschaftlichen Hebel, um das Geldangebot oder die Zinsen zu beeinflussen. Man muß auch damit berechnen, daß der estnische Bankensektor von skandinavischen Finanzinstitutionen kontrolliert wird und daß es im Fall von Estland mit einer offenen Volkswirtschaft zu tun ist.

### **3. Die Reaktionen der Wähler auf die Austeritätspolitik**

Die Reaktionen der Wähler auf die getroffenen Austeritätsmaßnahmen in Estland werden anschließend aufgrund der Ergebnissen der Parlamentswahlen in 2011 analysiert und mit den Ergebnissen zum Europäischen Parlament und der Lokalverwaltungen verglichen (siehe Abbildung 1). Obwohl in der Zwischenzeit, im Jahre 2013 auch die Wahlen der Lokalverwaltungen stattgefunden haben, werden diese

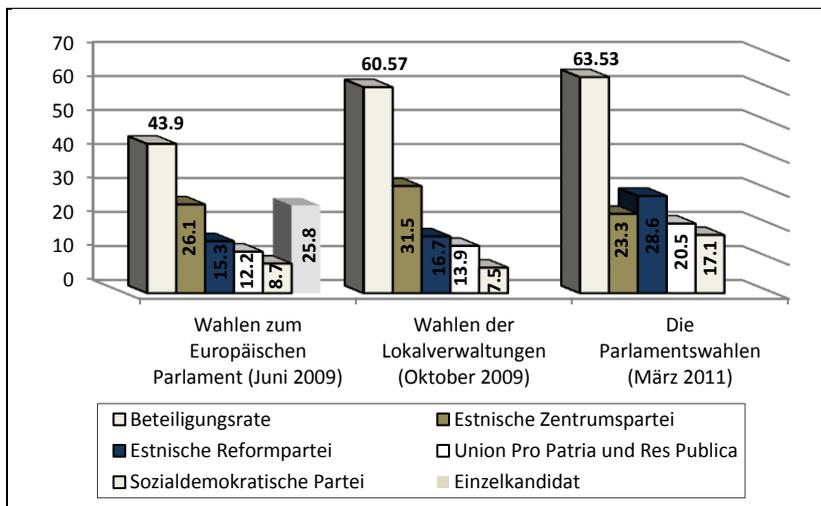
Ergebnisse hierbei ausgeschlossen, weil das reagierende Wahlverhalten entweder während der Durchführung der widerwärtigen Politik oder direkt nach dessen auf-treten wird und die Wahlen der Lokalverwaltungen im allgemeinen als die Wahlen der „zweiter Ordnung“ bezeichnet werden, wobei andere Wahlverhaltensmustern vortreten. Dabei betrachtet man die Wahlergebnisse der politischen Hauptparteien: die Estnische Reformpartei, die Estnische Zentrumspartei, die Union Pro Patria und Res Publica und die Estnische Sozialdemokratische Partei.

Weil bei den Parlamentswahlen die Wähler direkt die eingeleitete Politik der Parteien beurteilen, bieten die Ergebnissen der Parlamentswahlen im Jahre 2011 die beste Möglichkeit, die Reaktion der Wähler auf die Austeritätsmaßnahmen zu bewerten (siehe Abbildung 1). Ungeachtet der Wirtschaftskrise sind in den Parla-mentswahlen im 2011 die Regierungsparteien – Estnische Reformpartei und Union Pro Patria und Res Publica – bei den Parlamentswahlen hervorgegangen (insgesamt 49,1 Prozent der gegebenen Stimmen). Die Popularität der oppositionellen Estnischen Zentrumspartei ist dagegen – meistens wegen die Positionierung im Streit um das sowjetische Kriegerdenkmal – gesunken (23.3 Prozent der gegebenen Stimmen)<sup>1</sup>. Mit 17.1 Prozent hat die Sozialdemokratische Partei, die im Jahre 2009 aus der Koalition ausgetreten hat, ihre Mandate im Parlament verdoppelt (siehe, Saarts, 2011). Dabei könnte man behaupten, daß die Parlamentswahlen in Estland nicht ins allgemeingültige Muster passen, demnach neue Wahlen neue populistische Kräfte an die Macht gebracht haben (*Ibid*).

Als interessante Anmerkung sollte man aber betonen, daß es dabei keinen klaren Zusammenhang zwischen der Unterstützung für die Koalitionsparteien und dem Zufriedenheit mit den sozialwirtschaftlichen Entwicklungen gab. Entsprechend dem Bericht über die menschliche Entwicklung ist die allgemeine Zufriedenheit mit den sozialwirtschaftlichen Entwicklungen deutlich zurückgegangen (von 56 Prozent im Jahre 2007 bis 28 Prozent im Jahre 2011; siehe Eesti Koostöökoogu 2012).

---

<sup>1</sup> Die Zentrumspartei hatte sich auf die Seite der russischen Bevölkerung gestellt und sich gegen die Versetzung des Denkmals ausgesprochen. Dies hatte den Regierungsparteien die Möglichkeit verschafft, die Zentrumspartei als Verbündeten von Putins Russland und damit als Feind Estlands darzustellen (Saarts 2011).



**Abbildung 1.** Die Wahlergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament und der Lokalverwaltungen im Jahre 2009 und der Parlamentswahlen in 2011.

Quelle: basierend auf die Daten von den Quellen Vabariigi Valimiskomisjon... (2009a), Vabariigi Valimiskomisjon... (2009b) und Vabariigi Valimiskomisjon... (2011).

Obwohl die Wahlen zum Europäischen Parlament keine direkte Verbindung zu den Politikmaßnahmen der lokalen Bedeutung haben als auch andere Aspekte des Wahlverhaltens der Bevölkerung betonen, könnte man auch von diesem Wahlergebnis die indirekte Schlussfolgerungen gegenüber der Austeritätspolitik ziehen, weil die Parteien während des Wahlkampfes auch seine Positionen gegenüber die aktuellen politischen Maßnahmen geäußert haben. Die oppositionelle Zentrumspartei, die während des Wahlkampfes unter anderem betont hat, daß der Staat diese Bevölkerungsgruppen, die am meisten von den Austeritätsmaßnahmen betroffen sind, unterstützen sollte (siehe Eesti Keskerakond, 2009), hat die Wahlen mit 26.1 Prozent gewonnen, was darauf hinweist, daß die Koalitionspolitik bei den Wählern nicht beliebt war. Diese Feststellung wird auch dadurch bestätigt, daß der unabhängige Kandidat Indrek Tarand 25.8 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hat (siehe Vabariigi Valimiskomisjon 2009a). Man hat dieses Phänomen im Allgemeinen als Protest gegen die Regierungsparteien gesehen und im theoretischen Kontext kann man das als die Erscheinung der aktiven Beteiligung (die „Voice“-Strategie) bezeichnen. Darauf, daß die Wähler eher die Strategie der aktiven Beteiligung bevorzugt haben, erweist auch die Tatsache, daß die Beteiligungsrate an die Wahlen zum Europäischen Parlament im Vergleich sowohl zu den vorherigen Wahlen zum Europäischen Parlament in Estland in 2004 als auch die allgemeine Beteiligungsrate der Europäischen Union in 2009 ziemlich hoch war (entsprechend 27 Prozent und 43.2 Prozent; Ibid.).

Die Parteien, die die politische Koalition gebildet haben (d.h. die Estnische Reformpartei und die konservative Union Pro Patria und Res Publica) und die Austeritätsmaßnahmen getroffen haben, haben an die Wahlen zum Europäischen Parlament entsprechend rund 15 Prozent und 12 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Die Estnische Sozialdemokratische Partei, die einige Monate vor den Wahlen zum Europäischen Parlament aus der Koalition ausgetreten hat, hat aber den großen Misserfolg erlitten – die Partei hat nur 8.7 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten (im Vergleich zum Ergebnis von 36.8 Prozent im Jahre 2004). Die Sozialdemokratische Partei hat während des Wahlkampfes nicht so sehr seine Positionen gegenüber die aktuellen politischen Maßnahmen geäußert, aber im Allgemeinen über die Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern, Sozialpartnern und Bürgervereinigungen gesprochen und darauf angewiesen, daß die Rolle des Staates bei der Marktregulierung steigen sollte (siehe Sotsiaaldemokraatlik... 2009). Hierbei könnte man behaupten, daß die Sozialdemokratische Partei keine überzeugende Alternative zur Regierungspolitik angeboten hat.

Die Wahlen der Lokalverwaltungen im Jahre 2009 beschreiben ein weiteres interessantes Phänomen, bzw. die Wahlen könnte man durch die ideologische Konfrontation von Tallinn und Tartu (die zwei größten Städte in Estland) charakterisieren. In Tallinn hat die Estnische Zentrumspartei 53.5 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, wobei die Koalitionsparteien die Estnische Reformpartei und die Union Pro Patria und Res Publica insgesamt 42 Prozent der Stimmen erhalten haben (entsprechend 16.6 Prozent und 15.4 Prozent). Die Wahlergebnisse in Tallinn haben ein deutliches Signal ausgesendet, daß unter den Wählern der Widerstand gegen die Koalitionsparteien gibt. Dagegen in Tartu ist das Ergebnis aus Sicht der Koalitionsparteien positiver gewesen, weil die insgesamt 54.3 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten haben.

Hierbei sollte man die Frage stellen, warum die Wähler trotz der niedrigen Zufriedenheit mit den sozialwirtschaftlichen Entwicklungen in Estland die Regierungsparteien während den Parlamentswahlen im Jahre 2011 nicht „bestraft“ haben.

Aus theoretischer Sicht könnte man zum Schluß kommen, daß unter spezifischen – soziokulturellen, wirtschaftlichen und politischen – Bedingungen es möglich ist, daß keine negative Auswirkungen im Folge der getroffenen Austeritätsmaßnahmen auf das Wahlverhalten der Bevölkerung auftreten. Eine wichtige Rolle spielen dabei:

- die politische Kultur und das in der Gesellschaft dominierende staats-theoretische Modell,
- der historische Hintergrund und die vorherige Erfahrung der Enttäuschung,
- die Erwartungen der Wähler gegenüber der Krise und das Bild, das die Regierung der Öffentlichkeit von der Wirtschaftskrise malt,
- der Entwurf der Austeritätspolitik,
- die überzeugenden Alternativen zur Regierungspolitik in Form von Oppositionsparteien während des Wahlkampfes,
- die Situation in den Nachbarstaaten, die in der vergleichbaren wirtschaftlichen Situation sind.

Man hat sogar hervorgehoben, daß dabei eine zyklenförmige Bewegung möglich ist und die Bürger sich zu bestimmten Zeiten eher für ihr privates Wohlfahren, während anderen Zeiten für das öffentliche Wohl entscheiden.

Daher, sollten (1) die Regierungen die Krise als teilweise *force majeure* präsentieren, wobei sie die drastische Entscheidungen treffen müssen, (2) diese Bevölkerungsgruppen, die seine Unzufriedenheit aktiv an Wahlen äußern, nicht von den Austeritätsmaßnahmen betroffen werden, (3) sollten die Nachbarstaaten, die in der vergleichbaren wirtschaftlichen Situation sind, die Krise mit noch extensiven Austeritätsmaßnahmen bekämpfen, (4) sollte die Staat nur eine kurze Erfahrung mit den demokratischen Systemen haben, und (5) sollte es keine überzeugende Alternativen zur Regierungspolitik in Form von Oppositionsparteien während des Wahlkampfes existieren, dann besteht die Möglichkeit, daß die Reaktionen der Wähler auf die Austeritätspolitik nicht negativ sind. Sollten die Austeritätsmaßnahmen dabei einen solchen Zweck dienen, der den größeren Wohlstand der Gesellschaft beiträgt, ist die positive Reaktion der Wähler sogar noch wahrscheinlicher.

Obwohl man die Austeritätsmaßnahmen in Estland nicht als die freie Wahl des Staates, sondern als der unvermeidliche Schritt bezeichnet hat, hinweisen auch die Wirtschaftsdaten Estlands von 2008 bis 2011 darauf, daß im Vergleich zu den meisten EU-Mitgliedstaaten in Estland keinen dringenden Grund gab, mit den Sparmaßnahmen die hoch empfundene Staatsverschuldung zu stabilisieren. Weil doch sogar die führenden Politiker behauptet haben, daß die Maßnahmen wegen der Maastricht-Inflationskriterie getroffen wurden, konnte man die Einführung des Euro im 2011 als ein Motor der getroffenen Austeritätspolitik bezeichnen. Deswegen könnte man die Regierung als der aktive Durchführer der Sparmaßnahmen bezeichnen, obwohl es fiskalpolitische Alternative gab. Dabei hat die Regierung die Austeritätsmaßnahmen aber als *force majeure* bezeichnet („Wenn du weniger Einkommen hast, musst du deine Ausgaben senken“; siehe Ligi, 2011), wobei sie gleichzeitig ihre Verantwortung für die mit den Sparmaßnahmen verbundenen sozialen Kosten minimisiert und sich als aktiver Durchführer der Reformen identifiziert haben.

Während der Wirtschaftskrise hat man in Estland seit 2008 drastische Sparmaßnahmen getroffen: die Gehälter im öffentlichen Dienst wurden gekürzt, das Rentenalter und die Verbrauchsteuer angehoben, die vorhergeplante Senkung der Einkommensteuer verschoben, die Leistungen im Gesundheitswesen zusammengestrichen, usw. Trotz der getroffenen Maßnahmen ist die Anzahl der Sozialkosten am BIP gestiegen (von 12 Prozent im Jahre 2007 bis 18 Prozent im Jahre 2011; OECD 2011). Die primären sozialen Auswirkungen der Rezession auf den Arbeitsmarkt sind dabei am Ende des Jahres 2008 ziemlich gering gewesen, weil die Arbeitslosigkeit im Jahre 2008 nach wie vor rund 5.5 Prozent war und erst in den Jahren 2009–2010 heftig gestiegen hat (entsprechend 13.5 und 16.7 Prozent). Die Situation im Arbeitsmarkt hat sich im Jahre 2011 verbessert (die Arbeitslosenrate war im Jahre 2011 12.3 Prozent)(Masso und Krillo 2011). Der Durchschnittslohn hat

im Jahre 2009 gesunken (783 Euros), hat danach aber wieder gestiegen und im Jahre 2011 ist dieser Wert wieder über das vor der Krise erreichte Niveau gestiegen (Statistikaamet 2013a). Am meisten waren die Gehälter im öffentlichen Dienst davon beeinflusst (im Jahre 2007 war das Lohnniveau im öffentlichen Sektor ca 108 Prozent des Durchschnittslohns, während der Krise aber nur 96 Prozent. Gleichwohl haben aber die Renten auch während der Krise gestiegen zu dem Ausmaß, was die Zuwachsrate des Verbraucherpreisindex überholen hat (Statistikaamet 2013a). Deswegen könnte man behaupten, daß die Sparmaßnahmen kurzfristig eine Ursache für zusätzliche Last gewesen sind und die größten Bevölkerungsgruppen, die generell auch aktiv an Wahlen teilnehmen (z. B. die Rentner), von den Sparmaßnahmen nicht getroffen wurden.

Der historische Hintergrund und die vorherige Erfahrung der Enttäuschung, die politische Kultur und das in der Gesellschaft dominierende staatstheoretische Modell in Estland sprechen auch für die Möglichkeit aus, daß die Reaktion der Wähler auf die Sparmaßnahmen bei den Parlamentswahlen im Jahre 2011 nicht negativ war. Weil diese Bevölkerungsgruppen, deren Loyalität gegenüber der Regierung niedriger war als im Allgemeinen, an Wahlen nicht teilgenommen haben (weil sie kein Staatsangehörigkeit hatten), wurde die positive Reaktion der Wähler sogar noch wahrscheinlicher. Die Nichtstaatsangehörigen haben dagegen aber bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und der Lokalverwaltungen im Jahre 2009 eine bedeutende Rolle gespielt, wobei die Unterstützung für die Oppositionsparteien mehr erkennbar war.

### **Zusammenfassung**

Die vorliegende Studie fokussiert sich auf die Gründe, warum im Fall von Estland die bei der Regierung genommenen Sparmaßnahmen keine sichtbaren Auswirkungen auf das Wahlverhalten der Bevölkerung zu beobachten sind. Allgemein gesehen unternimmt sie den Versuch, die Gründe zu erklären, ob Estland in der Zukunft Europa seine spezifische Erfahrungen zur Verfügung stellen kann, um gleichzeitig die Wirtschaftslage der Krisenländer zu verbessern und die politische Stabilität herzustellen, oder darstellt der Erfolg der estnischen Regierungsparteien bei den Wahlen ein seltsames Phänomen, das auf die anderen Staaten nicht auszudehnen ist. Dabei geht es um das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament und der Lokalverwaltungen im Jahre 2009, und der Parlamentswahlen in 2011.

Die Analyse hat gezeigt, daß man den Fall von Estland eher als ein spezifisches Phänomen beschreiben sollte. Aus theoretischer Sicht, sollte (1) die Regierungen die Krise als teilweise *force majeure* präsentieren, wobei sie die drastische Entscheidungen treffen müssen, (2) diese Bevölkerungsgruppen, die seine Unzufriedenheit aktiv an Wahlen äußern, nicht von den Austeritätsmaßnahmen betroffen werden, (3) sollten die Nachbarstaaten, die in der vergleichbaren wirtschaftlichen Situation sind, die Krise mit noch extensiven Austeritätsmaßnahmen bekämpfen, (4) sollte die Staat nur eine kurze Erfahrung mit den demokratischen Systemen haben,

und (5) sollte es keine überzeugende Alternativen zur Regierungspolitik in Form von Oppositionsparteien während des Wahlkampfes existieren, dann besteht die Möglichkeit, daß die Reaktionen der Wähler auf die Austeritätspolitik nicht negativ sind. Sollten die Austeritätsmaßnahmen dabei einen solchen Zweck dienen, der den größeren Wohlstand der Gesellschaft beiträgt, ist die positive Reaktion der Wähler sogar noch wahrscheinlicher.

Weil die Sparmaßnahmen in Estland wegen der Maastricht-Inflationskriterie getroffen wurden, konnte man die Einführung des Euro im 2011 als ein Motor der getroffenen Austeritätspolitik bezeichnen. Die Regierung hat die Austeritätsmaßnahmen aber als *force majeure* bezeichnet, wobei sie gleichzeitig ihre Verantwortung für die mit den Sparmaßnahmen verbundenen sozialen Kosten minimisiert und sich als aktiver Durchführer der Reformen identifiziert haben. Am meisten wurden die Beschäftigte im öffentlichen Sektor von Sparmaßnahmen getroffen, während die größten Bevölkerungsgruppen, die generell auch aktiv an Wahlen teilnehmen (z. B. die Rentner), von den Sparmaßnahmen nicht getroffen wurden. Außerdem sprechen der historische Hintergrund und die vorherige Erfahrung der Enttäuschung, die politische Kultur und das in der Gesellschaft dominierende staatstheoretische Modell in Estland für die Möglichkeit aus, daß die Reaktion der Wähler auf die Sparmaßnahmen hauptsächlich bei den Parlamentswahlen im Jahre 2011 nicht negativ war.

## Literaturverzeichnis

1. **Alesina, A.F. und Ardagna, S.** (2009). Large Changes in Fiscal Policy: Taxes Versus Spending. NBER Working Paper, No. 15438, October 2009. <http://www.nber.org/papers/w15438>
2. **Almond, G. und Verba, S.** (1989). The Civic Culture. Sage Publications.
3. **Blanchard, O. und Leigh, D.** (2013). Growth Forecast Errors and Fiscal Multipliers. IMF Working Papers, January 2013. <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2013/wp1301.pdf> .
4. **Blyth, M.** (2013). Austerity: The History of a Dangerous Idea. <http://www.markblyth.org/books/austerity-the-history-of-a-dangerous-idea/>
5. **Competitiveness Index** (2012). <http://valitsus.ee/et/valitsus/tegevusprogramm/konkurentsivoimeline-majanduskeskkond/Ylevaade-Eesti-positsoonist-rahvusvahelistes-edetabelites/6092012-Competitiveness-Index-2011--World-Economic-Forum>
6. **Eesti Pank** (2013). <http://statistika.eestipank.ee/?lng=et#listMenu/1017/treeMenu/MAJANDUSKONOND>
7. **Eesti Keskerakond** (2009). Eesti Keskerakonna valimisplatvorm Euroopa Parlamendi valimisteks. <http://poliitika.postimees.ee/124987/eesti-keskerakond-nr-104/?redir>

8. **Eesti Koostöökogu/Estonian Cooperation Assembly** (2012) *Estonian Human Development Report 2010-2011*, Tallinn.  
[http://kogu.ee/public/eia2011/EIA\\_2011.pdf](http://kogu.ee/public/eia2011/EIA_2011.pdf)
9. **Eesti Statistikaamet** (andmebaas) (2013a). <http://www.stat.ee/31225>
10. **Eesti Statistikaamet (2013b). SKP jooksevhindades ja SKP aheldatud väärtus (sesoonselt ja tööpäevade arvuga korrigeeritud), aasta.**  
<http://www.stat.ee/68588>
11. **Fischer, J.** (2013). Austerität in Europa: kein eindeutiger Befund. Open Europe Berlin.  
[http://www.openeuropeberlin.de/Content/Documents/Austeritat\\_Studie.pdf](http://www.openeuropeberlin.de/Content/Documents/Austeritat_Studie.pdf)
12. **Flückiger, P.** (2011). Estlands Regierung fürs Sparen belohnt. Rechtsliberale Koalition siegt bei Wahlen. Der Tagesspiegel, 7 März 2011.  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/estlands-regierung-fuers-sparen-belohnt-rechtsliberale-koalition-siegt-bei-wahlen/3924536.html>
13. **Giavazzi, F. und Pagano, M.** (1996). Non-Keynesian Effects of Fiscal Policy Changes: International Evidence and the Swedish Experience. NBER Working Paper, No. 5332, October 1996. <http://www.nber.org/papers/w5332>
14. **Glaab, M. und Korte, K.-R.** (1999). Politische Kultur. In Weidenfeld, W., Korte, K.-R. Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Campus Verlag: Frankfurt am Main, New York, 1999, 642–650.
15. **Gourevitch, P.** (1986). Politics in Hard Times: Comparative Responses to International Economic Crises. Cornell University Press.
16. **Guajardo, J., Leigh, D. und Pescatori, A.** (2011). Expansionary Austerity: New International Evidence. IMF Working Paper, No 11/158.  
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2011/wp11158.pdf>
17. **Hansson, A. und Randveer, M. (2013).** Economic Adjustment in the Baltic Countries. Working Papers of Eesti Pank, No. 1/2013.  
<http://www.eestipank.ee/en/publication/working-papers/2013/12013-ardo-hansson-martti-randveer-economic-adjustment-baltic-countries>
18. **Hirschman, A.** (1984). Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl. In Decker, F., Lewandowsky, M. und Solar, M. (2013). Demokratie ohne Wähler. Neue Herausforderungen der politischen Partizipation. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH. <http://www.politische-bildung.nrw.de/imperia/md/content/e-books/2.pdf>
19. **Hirschman, A.** (1994). Exit, Voice and Loyalty: Responses to Decline in Firms Organizations and States. Harvard University Press.
20. **Ilves, T.H.** (2012). Toomas Hendrik Ilves: kasinus polnud Eestile valik, vaid vältimatus. Interview von Ave Lepik mit Toomas Hendrik Ilves. Äripäev, 6 Juli 2012. <http://www.aripaev.ee/?PublicationId=de7caa89-d696-4827-aa3f-404fd6f8878f>
21. **Katzenstein, P.** (1985). Corporatism and Change, Cornell University Press.
22. **Kittel, P. und Obbinger, H.** (2003). Political parties, institutions, and the dynamics of social expenditure in times of austerity. Journal of European Public Policy 10:1, 2003, 22–25.

23. **Krugman, P.** (2013). Austerität: Der Einsturz eines Glaubensgebäudes. Blätter für deutsche und internationale Politik. <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2013/juli/austeritaet-der-einsturz-eines-glaubensgebaeudes>
24. **Laar, M.** (2008). Laar: valitsuskooalitsioon otsustas kärpida 2009. aasta eelarvet. Interview von Mait Jüriado mit Mart Laar. Äripäev, 17 November 2008. <http://www.aripaev.ee/?PublicationId=a7968f0f-ce5c-425c-bd09-cf181af98062>
25. **Ligi, J.** (2011). Im Gespräch: Jürgen Ligi, estnischer Finanzminister, „Der Euro-Raum wird noch größer werden“. Interview von Hanno Mußler mit Jürgen Ligi. Frankfurter Allgemeine. Wirtschaft, 5. Januar 2011. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/im-gespraech-juergen-ligi-estnischer-finanzminister-der-euro-raum-wird-noch-groesser-werden-1575804.html>
26. **Ligi, J.** (2013). Minister: „Estland hat einen anderen Solidaritätsbegriff. Interview von Helmar Dumbs mit Jürgen Ligi. Die Presse.com, 27. Mai 2013. [http://diepresse.com/home/politik/eu/1411640/Minister\\_Estland-hat-einen-anderen-Solidaritaetsbegriff?\\_vl\\_backlink=/home/politik/eu/index.do](http://diepresse.com/home/politik/eu/1411640/Minister_Estland-hat-einen-anderen-Solidaritaetsbegriff?_vl_backlink=/home/politik/eu/index.do)
27. **Lipset, S.M. und Rokkan, S.** (1967). Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignment: An Introduction. In Lipset, S.M. and Rokkan, S. (eds.). Party Systems and Voter Alignments. Free Press.
28. **Loone, O.** (2013). Töölisel, kapitalistid ja Riigikogu valimistulemused 2011. Riigikogu toimetised, No. 28/2013. <http://www.riigikogu.ee/rito/index.php?id=14462>
29. **Masso, J. und Krillo, K.** (2011). Labour markets in the Baltic states during the crisis 2008-2009: the effect on different labour market groups. University of Tartu, Faculty of Economics and Business Administration Working Paper No. 79.
30. **Mugge, D.** (2011). From Pragmatism to Dogmatism: European Union Governance, Policy Paradigms and Financial Meltdown. New Political Economy vol. 16, no. 2, pp. 185-206.
31. **Nohlen, D.** (2001). Kleines Lexikon der Politik. C.H. Beck, München.
32. **OECD** (2011). Pro- and anti-social behaviour, in Society at Glance 2011: Social Indicators. OECD Publishing.
33. **Pierson, P.** (1996). The New Politics of the Welfare State. World Politics, No. 48, 2: 17.
34. **Pierson, P.** (1998). Irresistible forces, immovable objects: post-industrial welfare states confront permanent austerity. Journal of European Public Policy, 5; 4 December 1998.
35. **Raudla, R. und Kattel, R.** (2012). Austerity That Never Was? The Baltic States And The Crisis”. Levi Economics Institute of Bard College, No. 5/2012. Policy note. [http://www.levyinstitute.org/pubs/pn\\_12\\_05.pdf](http://www.levyinstitute.org/pubs/pn_12_05.pdf)
36. **Raudla, R. und Kattel, R.** (2013). Fiscal Stress Management During the Financial and Economic Crisis: The Case of the Baltic Countries. International Journal of Public Administration, No. 36:10, 732-742.
37. **Reif, K. and Schmitt, H.**, (1980). Nine second-order national elections – A conceptual framework for the analysis of the European election results.

- European Journal of Political Research, 8, 1980, 3-44.  
<http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1475-6765.1980.tb00737.x/pdf>
38. **Saarts, T.** (2011). Parlamentswahlen 2011 in Estland. Friedrich-Ebert-Stiftung, Mai 2011. [http://www.fes-baltic.ee/public/Perspektive\\_Parlamentswahlen-2011-Estland.pdf](http://www.fes-baltic.ee/public/Perspektive_Parlamentswahlen-2011-Estland.pdf)
  39. **Schmidt, V. A.** (2010) "The European Union's Eurozone Crisis and What (not) to do about it" Brown Journal of World Affairs vol. XVII, Issue I (Fall/Winter 2010), pp. 199-214.
  40. **Skocpol, T., Evans, P. B. und Rueschmayer, D.** (1985). Bringing the State Back In. Cambridge University Press.
  41. **Sotsiaaldemokraatlik Erakond** (2009). Inimesed eelkõige; uus suund Euroopale. <http://uuseesti.ee/2286>.
  42. **Staeher, K.** (2013). Austerity in the Baltic states during the global financial crisis. Intereconomics, September 2013, Volume 48, Issue 5, 293–302. <http://link.springer.com/article/10.1007%2Fs10272-013-0472-9>
  43. **Vabariigi Valimiskomisjon** (2011). Valimisarhiiv. Valimistulemus. <http://www.vvk.ee/varasemad/?v=rk2011> .
  44. **Vabariigi Valimiskomisjon** (2009a). Valimisarhiiv. Valimistulemus. <http://www.vvk.ee/varasemad/?v=ep09>.
  45. **Vabariigi Valimiskomisjon** (2009b). Valimisarhiiv. Valimistulemus. <http://www.vvk.ee/varasemad/?v=kov09>

# KUIDAS RAKENDADA KASINUSPOLIITIKAT VALIMISI JA VÕIMU KAOTAMATA: EESTI KOGEMUS AASTATEST 2008–2011

Liina Kulu<sup>1</sup>, Viljar Veebel<sup>2</sup>  
Eesti Pank, Kaitseväe Ühendatud Õppeasutused

## Sissejuhatus

2008. aastal alanud üleilmse finantskriisi käigus nähti Euroopas kasinuspoliitikat (ingl. k. *austerity*) ühe ideaalmudelina makseraskustes riikide majandusolukorra stabiliseerimisel. Hoolimata majanduslikust ratsionaalsusest rakendati kasinuseetmeid aga kaasneva sotsiaalse surve ja poliitiliste riskide tõttu Euroopa Liidu (EL) liikmesriikides üksnes vähesel määral. Seejuures oli valitsuste peamiseks õigustuseks mitte kartus kasinuseetmete mittetoimimise osas, vaid arvamus, et kasinuspoliitika viib suure tõenäosusega valijate negatiivse reaktsioonini ja sellega kaasneva valimiskaotuseni.

Eesti valitsuskoalitsioon, omades ka varasemat järskude majandusreformide kogemust, oli üks vähestest EL-s, kes otsustas rakendada kasinuseetmeid täies ulatuses koos sellega kaasnevate sotsiaalsete ja poliitiliste tagajärgedega. Vastupidiselt üldlevinud arvamusele õnnestus valitsuskoalitsioonil seejuures täita nii kasinuspoliitikale seatud eesmärgid kui ka saavutada 2011. aasta parlamendivalimistel võimulejäämist kindlustav valimistulemus. Käesoleva artikli eesmärgiks on analüüsida sellise – mõneti ootamatu – valimiskäitumise põhjusi ja loogikat, uurides seda, millised tegurid mõjutasid Eesti valijate käitumist olukorras, kus valitsuskoalitsiooni kasinuspoliitikast tulenenud eelarvelised otsused kutsusid küll esile sotsiaalse surve, kuid millele erinevalt teoreetilistest prognoosidest ei järgnenud valijate negatiivset reaktsiooni valimistel.

## Uuringus rakendatav meetodika ja uurimuse ülesehitus

Uurimuses defineeritakse kasinuspoliitikat kui lühiajalisi radikaalseid poliitilisi valikuid, mis on suunatud eelarve pikaajalisele konsolideerimisele, et vähendada kõrget võlakooormust kulutuste vähendamise ning tulude suurendamise kaudu, ning mille tagajärjed eest valitsus ka valijate silmis vastutab.

Uurimuse esimeses osas käsitletakse peamisi teoreetilisi seisukohti ja mustreid, mis selgitavad valijate käitumise eri aspekte kasinuspoliitika tingimustes. Uurimuse teises peatükis antakse ülevaade valitsuskoalitsiooni poolt rakendatud eelarve- ja

---

<sup>1</sup> Liina Kulu (M.A), Estnische Zentralbank, Estonia pst. 13,15095 Tallinn, Estland, [liina.kulu@eestipank.ee](mailto:liina.kulu@eestipank.ee). Dieser Artikel spiegelt die persönliche Meinung der Autor wider und nicht die Positionen der Institution, die der Autor vertretet.

<sup>2</sup>Ass. Prof. PhD Viljar Veebel Estnische Verteidigungsakademie, Riia 12, 51013 Tartu, Estland [viljar.veebel@gmail.com](mailto:viljar.veebel@gmail.com)

riigivõla alastest otsustest ja meetmetest ning antakse hinnang sellele, kas kasinuspoliitika puhul oli Eesti puhul tegemist vältimatute meetmetega või olid olemas ka arvestatavad alternatiivid. Hindamaks, kas valijatepoolne negatiivne reaktsioon oluks põhjendatud, analüüsitakse uurimuse kolmandas osas valijate käitumist Eestis kasinuserioodil, vaadeldes 2009. ja 2011. aastate valimistulemusi, ning hinnatakse, millised olid valimiskäitumise peamised tegurid ja valijate peamised motiivid otsuste tegemisel.

### **Teoreetilised lähtekohad: kuidas valijad reageerivad kasinuspoliitikale?**

Reaktsioonid kasinuspoliitikale sõltuvad eelkõige riigi poliitilisest kultuurist, mille osaks on nii senised traditsioonid, kogemused ja ootused kui ka ühiskonnas väljakujunenud stressitaluvus ja stressikäitumine tulenevalt kultuurilistest ja moraalsetest hoiakutest. Hirschman (1994) osutab, et sotsiaalmajandusliku rahulolematuse käigus on valijatel valida kas lahkumise või osalemise vahel (mis omakorda jaguneb olukorraga leppimise ja aktiivsete muutuste poolt hääletamise vahel), valiku tegemise peamiseks mõjutajaks on seejuures valijate lojaalsus (Hirschman, 1994). Valik sõltub lisaks eelistustele ka võimalustest ning rahvuslikest traditsioonidest ja kogemusest. Jääjate-osalejate jaoks on just valimised kõige otsemaks valitsuse tagasidestamise võimaluseks. Seejuures ei ole oluline valimiste tüüp või siduvus, vaid pigem ajaline faktor – reageeriv hääletamine leiab aset kas ebameeldiva poliitika teostamise ajal või vahetult selle järel.

Poliitiline kultuur määrab suuresti ära ka selle, kas valijad otsustavad ebameeldivate reformide korral valimisi ignoreerida, panustada valimistele või kasutada täiendavalt muid osalemise vorme (Almond ja Verba 1989). Autorid toovad välja, et reeglina on passiivsem osalus ja alluv poliitiline osalemine omased lühema demokraatiakogemusega riikidele.

Koalitsiooni karistava valimisotsuse tegemise eelduseks on ka valijatele ratsionaalselt aktsepteeritavate alternatiivide olemasolu parteimaastikul. Juhul, kui sobivad alternatiivid puuduvad, kasvab valimistel mitteesalejate hulk (Lipset ja Rokkan, 1967). Valijate mobiliseerumine sõltub ka nende meelestatusest – reeglina on negatiivselt meelestatud valijad võrreldes positiivselt meelestatutega valimistel aktiivsemad osalejad. Kõige aktiivsemad, või kui enamikul valijail ei tekkinud kasinusemeetmetega valijad. Valijate negatiivne reaktsioon on samuti tõenäolisem juhul, kui samavõrd või veelgi komplitseeritumas olukorras olevad naaberriigid väljuvad kriisist ilma kasinuspoliitikat kasutamata (Guajardo, Leigh ja Pescatori, 2011).

Lisaks sõltub valijate reaktsioon valitsuse käitumisest kriisisituatsiooni kuvandi loomisel ja enda rolli defineerimisel (Skocpol, Evans ja Rueschmayer, 1985). Nii võib saada valitsusele osaks ootamatu toetus olukorras, kui valijate ootused olid veelgi negatiivsemad, või kui enamikul valijail ei tekkinud kasinusemeetmetega isikliku negatiivset kogemust. Teiseks võimaluseks negatiivsetest häälest pääseda on Katzensteini poolt pakutud variant, kus valitsus loob kriisisituatsioonist kuvandi kui osalisest *force majeure*'st, kus valitsus on piiratud valikutega osaleja, mitte aga

aktiivne poliitika defineerija ja valikute tegija. Seega taandab valitsus ennast osaliselt vastutusest kasinuspoliitika tagajärgede osas (Katzenstein, 1985).

Valijate hinnangutes eelarvepoliitikale on olulised ka laiemad riigirahanduslikud väärtushinnangud – kui mõned ühiskonnad eelistavad traditsiooniliselt sotsiaalselt kaasavamam mudelit, kasutavad teised jällegi „Thatcheristlikku“ mudelit õhukese sotsiaalsfääriga, kuid tasakaalus eelarvega (Pierson 1996).

### **Kas kasinuspoliitika oli Eestis majanduslikult ja sotsiaalselt põhjendatud?**

Valitsuse valikuid finantskriisi olukorras piirasid Eestis kasutatav valuutakomitee süsteem ja kohustus võtta vastu tasakaalustatud riigieelarve. Seega puudusid valitsusel hoovad rahapakkumise või intressimäärade mõjutamiseks. Võlataseme kasvu osas otsene piirang puudus, kuid seda piiras kaudselt eelarvetasakaalu nõue ja valitsuse võlakirjade väljaandmise traditsiooni puudumine. Eeltoodud piiranguid tasakaalustasid aga pretseedenditult väiksem riigivõlg EL-s, ülejäägiga eelarve ja mahukas stabiliseerimisreserv.

Kasinuspoliitika vältimatute ellukutsumise põhjustena saab välja tuua 2009. aasta sügavat majanduslangust (–14,1%), 2008.a. rekordilist eelarvedefitsiiti (–2,7%), 2008.a. kõrget inflatsiooni (10,4%) ja perioodil 2007–2009 ligemale kahekordistunud valitsussektori võlga (Statistikaamet, 2013a). Antud näitajate negatiivsus ja erakordsus ilmneb aga ainult võrreldes Eesti eelneva stabiilsuse ja kasvu perioodiga. Kui võrrelda Eesti näitajaid naaberriikide ja euroala keskmisega, ei paista olukord enam sugugi nii erakordne. Nii oli SKT langus Lätis ja Leedus 2009. aastal suurem kui Eestis, ulatudes –17,1% ja –14,8%ni. Kui Eestis ulatus kõrgeim eelarvedefitsiit 2,9%-ni, oli vastav näitaja Lätis 9,8% ja Leedus 9,4%. Euroala riikide kriisiaastate 2008–2011 keskmine eelarvedefitsiit ulatus 4,2%-ni, samas kui Eesti keskmine defitsiit samal perioodil oli vaid 0,87%. Keskvalitsuse võlg kasvas Eestis maksimumkõrgusele 2009. aastal, jõudes 7,2%-ni SKT-st, sama aasta Läti valitsuse võlg SKT-st oli 36,1%, Leedu valitsuse võlg 29,1%, Soome valitsusel 44,0%, Poolal 51,0% ja euroala võlg keskmiselt aga 80,0%. Lisaks jätkas teiste võrdluses toodud riikide võlg kasvamist ka järgnevatel aastatel, samas kui Eesti võlg edaspidi vähenes (Statistikaamet, 2014). Seega kui võrrelda Eesti olukorda naaberriikide või euroala keskmisega, puudus 2008. aastal objektiivne vältimatu vajadus radikaalse kasinuspoliitika ellu kutsumiseks. Küll aga oli kasinuspoliitika mõisteta valik olukorras, kus valitsus soovis võimalikult kiiresti täita euroalaga liitumiseks vajalikud Maastriichi kriteeriumid.

Vastusena kahanevale väliskapitali sissevoolule ja sellega kaasnevale SKT langusele 2008. aasta alguses, otsustas Riigikogu sama aasta juunis vähendada eelarveaasta kulusid 384 miljoni euro võrra, mis tõi eelkõige kaasa avaliku teenistuse palkade ja töökohtade vähendamise ning investeringute ja riigihangete peatamise või edasilükkamise (Rahandusministeerium, 2012). Samas otsustas valitsus jätkata pensionite tõstmist kõikidel kasinuspoliitika aastatel ning mitte võtta täies ulatuses kasutusele stabiliseerimisreserve. Tulemuseks oli täiendav majanduslangus ja maksutulude

kahanemine, mis sundis valitsust rakendama täiendavaid kokkuhoiumeetmeid. Peamisteks kokkuhoiuallikateks aastatel 2009–2010 said riigipoolsete sissemaksete külmutamine pensionisammastesse ja arstiabi mahtude vähendamine, samuti lükati edasi haridustöötajate palgatõus. 2011. aastal jätkas valitsus konservatiivse eelarve planeerimisega ja eelnevate meetmete tulemusel saavutati aasta lõpuks eelarveülejäak 1,2% ulatuses.

Eelnev analüüs näitas, et eelkõige oli kasinuspoliitika suunatud euroalaga liitumise kriteeriumite täitmisele ehk samaaegselt ülemäärase eelarvedefitsiidi ja inflatsiooni vältimisele. Paralleelselt toimunud valitsusliikmete kommunikatsioonis oli siiski pigem domineeriv sõnum, et euroala mitme liikmesriigi ülelaenamisest tekkinud finantskriisis on ainsaks lahenduseks ulatuslik kasinuspoliitika ja valitsusel selles osas muid valikuid ei ole.

Hoolimata valitsuse kasinusemeetmetest kasvas sotsiaalkulude osakaal SKT-s 2009. aastaks 18%-ni (2007. aastal oli vastav näitaja 12%)(OECD, 2011). Mõju tööturule avaldus viitajaga ja oli võrdlemisi lühiajaline, olles 2008. aasta lõpus endiselt vaid 5,6%, tõustes 2009. aastal 13,8%-ni, saavutades 2010. aastaks tipptaseme 16,9% juures ning langedes 2011. aastal 12,5% tasemele (Masso ja Krillo, 2011). Keskmine palk kasvas 2008. aastaks 825 euroni, langes aasta hiljem 783 euroni, kuid hakkas siis taas kasvama ja ületas 2011. aastal 839 euroga juba kriisieelse taseme. Summeeritud palgakasv aastatel 2008–2011 jäi siiski alla tarbijahinnaindeksi kasvule (Statistikaamet, 2013).

Keskmisest rohkem mõjutas kriisi avaliku sektori palkasid, mis kütündisid 2007. aastal 108%-ni keskmisest palgast, kuid langesid kriisi käigus 96%-ni keskmisest palgast. Küll aga jätkasid kogu kasinuspoliitika vältel kasvamist pensionid, tõustes 226 eurolt 2007. aastal 305 euroni 2011. aastal ja ületades sellega ka sama perioodi tarbijahinnaindeksi kasvu (Statistikaamet, 2013a). Samas 2011. aasta tulemuste põhjal paiknes Eesti inimarenguindeksis 34. kohal, olles sellega kuus kohta kõrgemal kui kaks aastat varem ja kolm kohta kõrgemal kui 2007. aasta indeksis.

Mõõdetav sotsiaalne surve kasinuspoliitika aastatel väljendus eelkõige tööpuuduse kasvus, palkade stagnatsioonis ja arstiabi kättesaadavuse kahanemise osas. Peamisteks kaotajateks olid avaliku teenistuse töötajad ja kõige vähem puudutas kokkuhoid pensionäre. Peamise reaktsioonina kasvas oluliselt väljaränne. Kuigi teatav tagasilangus kriisiaastatel toimus, ei olnud see Eestis regionaalsete naabritega võrreldes suurem, pigem suutis Eesti ühiskond kriisiga paremini kohanduda.

### **Valijate poliitilised reaktsioonid kasinuspoliitikale**

Valijate esimeseks võimaluseks anda tagasisidet valitsuskoalitsiooni poliitikale olid Euroopa Parlamendi (EP) valimised 2009. aasta märtsis. Siinkohal tuleb esmalt märkida valimisaktiivsuse kasvu võrreldes eelnevate EP valimistega ja ka aktiivsuse kõrget tase võrreldes EP valimiste keskmise tulemusega (Eesti osalus 43,2%, EL keskmine 42,8%). EP valimiste suurima häältesaagi said kasinuspoliitika kriitilised

Eesti Keskerakond (26,1% võrreldes 17,5% 2004. valimistel) ja protestikandidaat Indrek Tarand 25,8%). Koalitsioonierakonnad kogusid kokku veidi üle veerandi häältest (Reformierakond 15,3% ja IRL 12,1%). Valimistel oli peamiseks häälte kaotajaks Sotsiaaldemokraatlik Erakond, kes kogus 8.7% häältest (varem 36,8%).

2009. aasta kohalike omavalitsuste valimistel toimus peamine ideoloogiline vastandumine Tallinna ja Tartu puhul. Tallinnas kogus Keskerakond võitjana 53,5% häältest, Reformierakond kogus teisena 16,6% häältest, IRL 15,4% ja Sotsiaaldemokraadid 9,8% häältest. Seega andsid Tallinna valimistulemused selge sõnumi kodanike ja mittekodanike summeeritud toetustasemetest. Tartu valimiste tulemused oli sarnasemad Riigikogu kohtade jaotusele: Reformierakond sai 30,8% häältest ja koalitsioonipartner IRL 23,5%, kasinuspoliitika suhtes kriitilised opositsiooniparteid Keskerakond ja Sotsiaaldemokraatlik Erakond kogusid vastavalt 17,4% ja 15,9% häältest.

Peamiseks valitsuse poliitika hindamise võimaluseks kasinuspoliitika perioodil olid aga 2011. aastal toimunud Riigikogu valimised. Valimisosalus oli mõneti aktiivsem (63%) kui neli aastat varem. Valimised võitis Reformierakond, saades 28,6% häältest, nende koalitsioonipartner IRL kogus 20,5% häältest; antud tulemusest piisas koalitsioonile koha ja enamuse saavutamiseks Riigikogus. Peamise opositsiooni-erakonna ja kasinuspoliitika kritiseerija Keskerakonna tulemus oli 23,3%. Samas saavutasid hea valimistulemuse sotsiaaldemokraadid, kogudes 17,1% häältest. Huvitava asjaoluna puudus aga seos valitsuskoalitsiooni toetuse ja üldise rahulolu vahel sotsiaalmajanduslike arengutega, mis vastavalt Eesti Inimarengu raportile oli 2007. aastal 56%, langes aga 42%-ni 2009. aastaks ja 28%-ni 2011. aastaks.

## Järeldused

Uuring kinnitas, et edukas valimistulemus kasinuspoliitika tingimustes on võimalik, kui seda toetavad korraga erinevad sotsiaalkultuurilised aspektid, valitsuse läbimõeldud poliitika ja kommunikatsioon ning välistegurid. Peamiseks edu tagavaks teguriks oli kriisi kujutamine meedias erakorralise hädaolukorrana, mille puhul valitsusel olid ainult piiratud valikuvõimalused, ning kirjeldati kasinuspoliitikat kui suhteliselt paremaid tulemusi andvat lahendust (võrreldes naaberriikidega). Samuti rõhutati moraalsuse ja jätkusuutlikkuse argumente.

Samas puudus Eestis kriisi alguses vältimatu vajadus kasinuspoliitikaks – tulenevalt eelarvetasakaalu, riigivõla ja reservide olukorrast oli Eesti finantsaspektis üks stabiilsemad riike EL-s. Vajadust kasinuspoliitikaks ei tekkinud ka finantskriisi käigus, seega ei olnud kasinuspoliitika motiveeritud mitte fiskaalsetest hädavajadustest, vaid valitsuse soovist täita eurotsooniga liitumiseks vajalikud kriteeriumid. Kriisi mõju esines eelkõige tööpuuduse kasvus, samuti langesis reaalpalgad (eelkõige avalikus sektoris), samas kui pensionid jätkasid kasvu kogu kriisiperioodi vältel.

Valijate reaktsiooni uuring näitas, et kasinuspoliitika ei muutnud valijaid ignorantsemaks (valimisaktiivsus kasvas kõikidel valimistel) ega mobiliseerinud neid koalitsiooni vastu hääletama. Üldiselt jäid valijad lojaalseks oma traditsioonilistele

valikutele, ainus mõjuv muutus oli nn. jalgadega hääletamine, kuivõrd kasinuspoliitika tipp-aastatel lahkus Eestis peaaegu 10 000 inimest aastas.

Miks ei reageerinud Eesti valijad kasinuspoliitikale negatiivselt ja kas kogemust kasinuspoliitika elluviimisest ilma järgnevaid valimisi kaotamata on võimalik ka laiemalt kasutada? Esiteks, ideoloogiline lõhe koalitsiooni ja opositsiooni erakondade vahel oli nn „karistavaks hääletamiseks“ liiga lai. Teiseks, kodanike lokaalsustase nii valitsuserakondadele kui kasinuspoliitika kontseptsioonile oli kõrge. Seejuures osutus olulisimaks valitsuse kalkuleeritud mainekujundus, mis näitas kasinuspoliitikat kui ainsat ja samas kõige moraalsemat ning jätkusuutlikumat lahendust ja kus valitsuse rolli kujutati vajaliku poliitika rakendajana, mitte alternatiivide vahel valijana. Valitsuse loodud kuvandid toetas ka laiem filosoofiline vastandumine „Thatcheristliku“ kasinusriigi ja heaoluriigi kontseptsioonide jätkusuutlikkuse teemal. Lisaks mõjutasid valijate reaktsiooni vähesust ka asjaolud, et kriisi sotsiaalne mõju ei olnud pikaajaline ning ei puudutanud enamikku valijaid. Nende hulgas, keda säästumeetmed isiklikult puudutasid, oli lojaalsus valitsusele kõrge.